

Kommunen sehen sich am Limit

Ein Leserbrief an die Oberhessische Presse

Für gemeinsame lösungsorientierte Anstrengungen von Kommunen, Landkreis, Flüchtlingsinitiativen, Zivilgesellschaft und Betroffenen.


In einer gemeinsamen Stellungnahme warnen die Bürgermeister des Landkreises vor Überforderung bei Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Völlig zurecht verlangen sie von Bund und Land, dass die zur Verfügung stehenden Mittel endlich zur kommunalen Basis durchgereicht werden müssen. Als Vorsitzender des Cölber Arbeitskreises Flüchtlinge möchte ich hinzufügen: Auch wir Ehrenamtlichen gehören zur kommunalen Basis. Niederschwellige Beratungsangebote, Sprachkurse, Übersetzungshilfen und Maßnahmen zur kulturellen Integration bieten wir gern ohne Entgelt an. Aber die notwendigen Sachmittel sollten wenigstens unbürokratisch zur Verfügung stehen.

Lange Verfahrensdauer, fehlende Bleibeperspektiven und unklare Strukturen beklagen die Bürgermeister als Hindernisse für Integration. Da ist etwas dran. Wir kennen einen jungen Kurden mit türkischem Pass, der in kurzer Zeit Deutsch gelernt und während eines Praktikums das Interesse eines Maler- und Lackierbetriebs geweckt hat. Am 1. August hätte er eine Lehrstelle antreten können. Aber seit Juni erteilt die Zentrale Ausländerbehörde in Gießen trotz wiederholter Nachfrage keine Arbeitserlaubnis dafür. Für das laufende Jahr ist die Ausbildung erst einmal passé. Leider ist das kein Einzelfall.

Die Bürgermeister wollen Zeit und Mühe nur für solche Flüchtlinge aufwenden, die eine realistische Aussicht auf Anerkennung haben. Die Anerkennungsquote liegt in Deutschland über 70 %, aber erst nachdem Gerichte zahlreiche ablehnende Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nachträglich korrigiert haben. Dieser Rechtsweg darf auf keinen Fall abgeschnitten werden. Die Behörden müssen Arbeit und Ausbildung von Anfang an erlauben. So könnte die heimische Wirtschaft etwas gegen den Arbeitskräftemangel tun. Unser Sozialsystem würde gesichert und nicht belastet. Der Staat könnte sich über zusätzliche Steuereinnahmen freuen.

Die Bürgermeister fordern „unbedingt und dauerhaft mehr Realitätssinn auf allen politischen Ebenen“ ein. Dafür brauchen wir gemeinsame lösungsorientierte Anstrengungen von Kommunen, Landkreis, Flüchtlingsinitiativen, Zivilgesellschaft und Betroffenen. Fantasien über gewaltsame Pushbacks an Europas Außengrenzen und Auslagerung von Asylverfahren in weit entfernte Länder mögen vielleicht kurzfristig Wählerstimmen bringen. Sie helfen uns in den Gemeinden aber nicht.

Cölbe, den 20.01.2023



Vorsitzender des CAF e. V.